

TEIL B

Textl. Festsetzungen

An den Grenzen der Allgemeinen Wohngebiete sind private Grünstreifen aus Hecken- und Baumpflanzungen zu schaffen und zu erhalten. Je 20 m Grenze ist mindestens ein großkroniger, einheimischer Laubbaum zu pflanzen und zu erhalten. Mindestens 20 % der unbebauten Fläche sind mit Baum-

2. Sichtflächen an den Straßeneinmündungen sind von jeglicher Bebauung und Bepflanzung über 0,70 m Höhe über Fahrbahnkante dauernd freizuhalten.

und Strauchpflanzungen zu begrünen.

3. Der Oberboden ist entsprechend DIN 18915 von allen Auftrags- und Abtragsflächen sowie von zu befestigenden Bau- und Betriebsflächen abzutragen und zu lagern. Abgetragener Oberboden, der auf den Grundstücksflächen nicht wiederverwendet wird, ist auf die Fläche für Gehölzpflanzungen vor Beginn der Pflanzarbeiten aufzu-

bringen (Böschungen nicht steiler als 1 : 3). Zur Befestigung von Straßen, Gehwegen, Stellplätzen und Zufahrten sind durchlässige Beläge wie Pflaster, Raster-

pflaster, Rasengittersteine oder Schotterrasen zu ver-

4. Im Bereich der notwendigen Einfahrten sind die Hochborde abzusenken und ausnahmsweise die Grünstreifen

Örtl. Bauvorschriften

zu unterbrechen.

. Die Erschließungsstraßen in den Allgemeinen Wohngebieten sind mit Betonsteinen niveaugleich zu pflastern. Auf einen Gehweg wird verzichtet.

2. Nebenanlagen, wie Gerätehäuser und Garagen, sind in eingeschossiger Bauweise auszuführen (max. Länge 8,00 m, mind. Länge 5,00 m).

3. Die Dächer sind als Sattel-, Walm- oder Krüppelwalmdach in Rot- und Brauntöhen auszubilden. Traufe, Ortgang und First dürfen durch Dachaufbauten

nicht aufgelöst werden. Dachausbauten sind untergeordnete Elemante des Daches. Das Hauptdach muß optisch dominieren. Dachüberstände von mehr als 0,80 m Traufe und 0,50 m Giabel sind

Die Traufhöhe darf von der Straßenseite 3,50 m und von der Hofseite 5,50 m nicht überschreiten.

4. Die maximale Höhe der Einfriedungen zur Straßenseite beträgt 1,00 m.

1. Mit der Erteilung der Baugenehmigung ist durch entsprechende Auflagen sicherzustellen, daß die im Plan festgesetzten Pflanzgebote innerhalb eines Jahres nach Inanspruchnahme der jeweiligen Grundstücke verwirklicht werden.

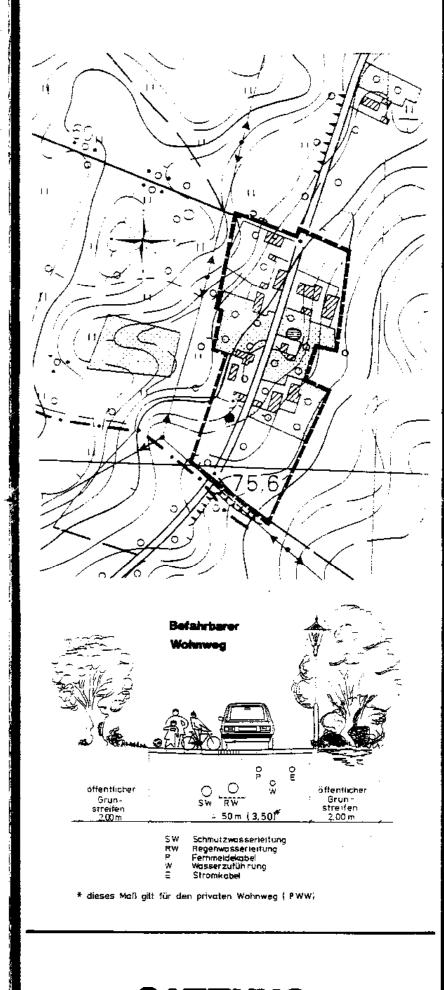
2. Wenn bei Bodeneingriffen Bodendenkmäler (z.B. kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit entdeckt werden, ist dieses dem Landesamt für Bodendenkmalpflege unverzüglich anzuzeigen.

3. Die öffentlichen Grünflächen sind von den Anwohnern zu pflegen.

Das geodätische Festpunktfeld sowie Grenzmerkmale aller Art dürfen nicht beeinträchtigt werden. Notwendige Sicherungen bzw. Verlegungen sind rechtzeitig zu beantragen.



LS Vermessungs - Service GmbH



SATZUNG

über den BEBAUUNGSPLAN NR. 1 der Gemeinde Wildberg "FOUQUETTIN